

EINBÜRGERUNGSTEST

EINBÜRGERUNGSTEST DES KANTONS BERN

Serie 10 / 2016

Gültigkeit: 1. September 2016 bis 31. Dezember 2016

Vorname Name

Wohngemeinde

Unterschrift der Kandidatin, des Kandidaten

Rechtlicher Hinweis

Der vorliegende Einbürgerungstest ist Bestandteil des Einbürgerungsverfahrens für die Gemeinden des Kantons Bern. Er ist vertraulich zu behandeln und darf während seiner Gültigkeit (siehe oben) nicht zu Übungszwecken eingesetzt werden.

EINBÜRGERUNGSTEST DES KANTONS BERN

Bemerkung zu Inhalt und Form des Tests

Der vorliegende Test ist Bestandteil des Einbürgerungsverfahrens Ihrer Wohngemeinde. Der Test beinhaltet drei Themengebiete, die Sie mit Multiple-Choice-Fragen und Zuordnungsfragen beantworten.

Folgende drei Themen werden überprüft:

1. Thema: Geografie, Geschichte, Sprachen, Religionen, Kultur und Feiertage der Schweiz und des Kantons Bern.
2. Thema: Demokratie, Föderalismus, Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger.
3. Thema: Soziale Sicherheit, Gesundheit, Arbeit und Bildung.

Als Grundlage der Fragen dienen die Hefte «ECHO» und «Der Bund kurz erklärt» (aktuelle Ausgabe).

Nachdem Sie die **48 Fragen** in diesem Test beantwortet haben, übertragen Sie die Antworten auf das separate Antwortblatt. Dieses, und nicht das bearbeitete Frageheft, wird korrigiert. Achten Sie darauf, dass Sie die Antworten richtig und vollständig übertragen.

Sie haben für die Arbeit im Frageheft des Einbürgerungstests und für das Übertragen auf das Antwortblatt gesamthaft **90 Minuten Zeit**. 10 Minuten vor Ablauf der Prüfungszeit wird Sie der Experte/die Expertin darauf aufmerksam machen, dass Sie nun spätestens mit dem Übertragen der Antworten vom Frageheft aufs Antwortblatt beginnen sollten. Wenn Sie vor Ablauf der Prüfungszeit mit dem Test fertig sind, dürfen Sie den Raum verlassen. Am Ende des Tests geben Sie das Antwortblatt **und** das Frageheft ab.

Der Test gilt als bestanden, wenn 60% der Fragen richtig beantwortet sind.

Rechtlicher Hinweis

Sie dürfen während des Tests keine elektronischen Kommunikationsgeräte und Hilfsmittel verwenden, um sich einen Vorteil in der Beantwortung der Fragen zu verschaffen.

Während des Tests ist die Benutzung von Unterlagen oder Notizen untersagt. Sie dürfen weder sprechen noch andere Kandidatinnen/Kandidaten stören oder ablenken.

Sollten Sie unwahre oder irreführende Angaben über Ihre Identität machen, Antworten kopieren oder sonst wie in betrügerischer Weise handeln, werden Sie vom Test ausgeschlossen. Ihre Wohngemeinde wird informiert und eine Rückerstattung der Prüfungsgebühr entfällt.

1. Beantworten Sie 48 Fragen im Frageheft. Markieren Sie zu jeder Frage einen Buchstaben.



2. Übertragen Sie die Buchstaben aus dem Frageheft auf das Antwortblatt mit einem Kreuz.



Sie haben 90 Minuten Zeit.

Planen Sie für das Übertragen auf das Antwortblatt und die Schlusskontrolle 10 Minuten ein.

THEMA 1

GEOGRAFIE, GESCHICHTE, SPRACHEN, RELIGIONEN, KULTUR UND FEIERTAGE DER SCHWEIZ UND DES KANTONS BERN

A-Teil: Multiple-Choice-Fragen

Markieren Sie Ihre Antwort. Es ist jeweils nur eine Antwort richtig.

Am Ende des Tests übertragen Sie die Antwort A, B, C oder D auf das Antwortblatt.

Beispiel

Wer gilt als Schweizer Nationalheld?

- A Werner Stauffacher
- B Wilhelm Tell

- C Niklaus Leuenberger
- D Sigmund von Erlach

Die Antwort ist: B

Fragen

1. Welcher Kanton grenzt an Frankreich?

- A Neuenburg
- B Tessin
- C St. Gallen
- D Aargau

2. Welcher Fluss entspringt im Kanton Bern?

- A Aare
- B Rhein
- C Reuss
- D Limmat

3. Wie heisst die grösste (Anzahl Personen) Stadt der Schweiz?

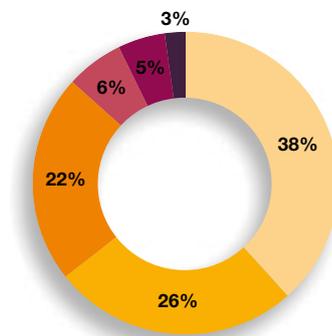
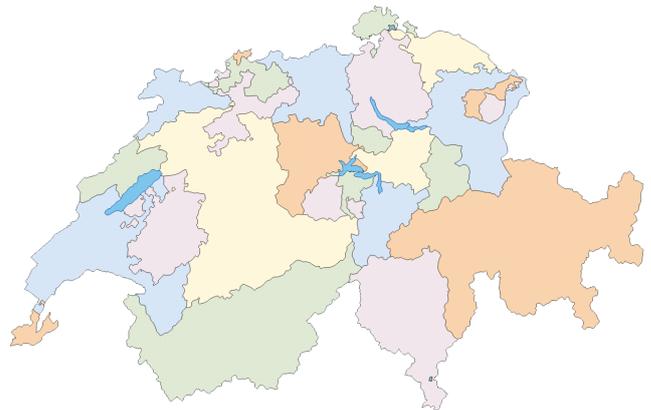
- A Genf
- B Lausanne
- C Zürich
- D Basel

4. Wie gross ist der Anteil jener, die keiner Glaubensgemeinschaft angehören?

- A 38 %
- B 6 %
- C 3 %
- D 22 %

5. Die Anzahl der Gemeinden in der Schweiz nimmt durch Fusionen ständig ab. Wie viele Gemeinden gab es 2015?

- A 4055
- B 1233
- C 8065
- D 2249



THEMA 1

GEOGRAFIE, GESCHICHTE, SPRACHEN, RELIGIONEN, KULTUR UND FEIERTAGE DER SCHWEIZ UND DES KANTONS BERN

6. Was hat zum Landesstreik 1918 geführt?

- A Geldabwertung
- B Einführung des Frauenstimmrechts
- C Armut und Arbeitslosigkeit
- D Aufhebung des Föderalismus



7. Wie heisst das Grundgesetz der Schweiz?

- A Zivilgesetzbuch (ZGB)
- B Bundesverfassung (BV)
- C Obligationenrecht (OR)
- D Strafgesetzbuch (StGB)

8. Wie viele Prozent der Bevölkerung haben eine andere Muttersprache als eine der Landessprachen (Französisch, Deutsch, Italienisch und Rätoromanisch)?

- A 50%
- B 20%
- C 3%
- D 10%

9. Welche Aussage zur Religion in der Schweiz ist richtig?

- A Alle Einwohner müssen einer Religion angehören
- B Der Staat bestimmt die zugelassenen Religionen
- C Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist ein Grundrecht
- D Die Religionszugehörigkeit kann ab dem 20. Lebensjahr bestimmt werden

10. Johanna Spyri ist eine der bekanntesten Schweizer Autorinnen. Wie heisst der Roman, der in über 50 Sprachen übersetzt wurde?

- A Wir Kinder aus Bullerbü
- B Globi
- C Heidi
- D Rössli Hü

11. Welcher Schweizer Sport ist hier abgebildet?

- A Hornussen
- B Fünfkampf
- C Platzgen
- D Schwingen



12. Aus welchem Bereich sind die Persönlichkeiten Gölä, Sina, Beatrice Egli und Stephan Eicher bekannt?

- A Sport
- B Musik
- C Architektur
- D Forschung

THEMA 1

GEOGRAFIE, GESCHICHTE, SPRACHEN, RELIGIONEN, KULTUR UND FEIERTAGE DER SCHWEIZ UND DES KANTONS BERN

B-Teil: Zuordnungsfragen

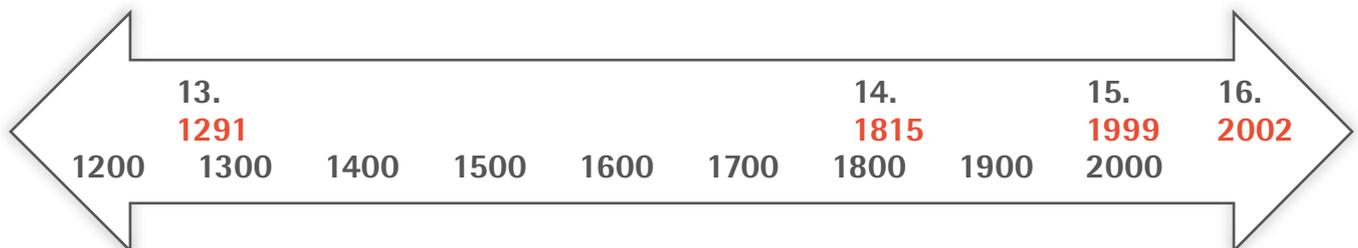
Beispiel

Ordnen Sie die Begriffe A–H den Zahlen 1–4 zu. Jeder Begriff hat nur eine Zuordnung.

- | | |
|---------------------|---|
| 1. Landesstreik | A 1979, nach Volksabstimmung auf Bundesebene |
| 2. Sonderbundskrieg | B Bürgerkrieg zwischen liberalen und konservativen Kantonen |
| 3. Kanton Jura | C 1918 |
| 4. Neutralität | D Rotes Kreuz (IKRK) in Genf |
| | E Abschaffung der Kinderarbeit |
| | F Bauernkrieg 1653 |
| | G Wiener Kongress 1815 |
| | H Versailler Verträge |

Die Antworten sind: 1C / 2B / 3A / 4G

Ordnen Sie auf dem Zeitstrahl vier geschichtliche Daten der Schweiz (13–16) den Ereignissen A–H zu. Jedes Datum hat nur eine richtige Zuordnung.



A Beitritt zur EU



C Reformation



E Sonderbundskrieg



G Beitritt zur UNO



B Totalrevision der Bundesverfassung



D Gründung der Eidgenossenschaft



F Generalstreik



H Anerkennung der Neutralität (Wiener Kongress)



THEMA 2

DEMOKRATIE, FÖDERALISMUS, RECHTE UND PFLICHTEN DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

A-Teil: Multiple-Choice-Fragen

Markieren Sie Ihre Antwort. Es ist jeweils nur eine Antwort richtig.
Am Ende des Tests übertragen Sie die Antworten A, B, C oder D auf das Antwortblatt.

17. Welche Aussage zu den Aufgaben des Bundesrats stimmt?

- A Der Bundesrat erlässt neue Gesetze
- B Der Bundesrat besteht aus dem Nationalrat und dem Ständerat
- C Der Bundesrat regiert (Exekutive) die Schweiz
- D Der Bundesrat hat die Oberaufsicht über das Parlament und die eidgenössischen Gerichte

18. Was bedeutet der Begriff Föderalismus?

- A Die Kantone übernehmen sämtliche Bundesaufgaben
- B Die Kantone helfen und fördern sich gegenseitig
- C Die Macht ist beim Bund konzentriert, Kantone und Gemeinden haben wenig Spielraum, ihre Aufgaben auszuführen
- D Kantone und Gemeinden handeln im Rahmen der Verfassung weitgehend selbständig und koordinieren ihre Aufgaben

19. Für bestimmte Geschäfte kommen Nationalrat und Ständerat zusammen. Wie wird diese Tagung genannt?

- A Bundesversammlung
- B Vereinigte Räte
- C Bürgerversammlung
- D Vereinigte Bundesversammlung



20. Welche Aussage zur Legislative auf Bundesebene trifft zu?

- A Die grösste Partei im Nationalrat sind die Grünen
- B Die Parteien sind im Ständerat entsprechend ihrem Wähleranteil vertreten
- C Die fünf bevölkerungsreichsten Kantone (ZH, BE, VD, AG und SG) nehmen zusammen mehr als die Hälfte der insgesamt 200 Sitze im Nationalrat ein
- D Jeder Kanton hat gleich viele Sitze im Nationalrat

21. Wie heisst die Exekutive des Kantons Bern?

- A Kantonsrat
- B Regierungsrat
- C Obergericht
- D Landrat



THEMA 2

DEMOKRATIE, FÖDERALISMUS, RECHTE UND PFLICHTEN DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

22. Welche Aufgabe wird von Gemeinden übernommen?

- A Währungspolitik
- B Universitäten
- C Feuerwehr
- D Zollwesen

23. Was trifft auf die Bundesverfassung zu?

- A Sie kann nur vom Parlament geändert werden
- B Sie ist seit 1948 in Kraft
- C Sie ist das Grundgesetz der Schweiz
- D Sie beinhaltet alle kantonalen Gesetze

24. Welche Aussage über den Bundesrat trifft zu?

- A Jedes Mitglied des Bundesrats leitet ein Departement
- B Der Bundesrat wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt
- C Der amtierende Bundespräsident ist der Staatspräsident der Schweiz
- D Die Amtsdauer der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten beträgt vier Jahre

25. Die Schweiz hat viele Parteien. Welche Parteien sind im Bundesrat vertreten?

- A SVP, SP, CVP, FDP
- B SP, CVP, GLP, Grüne
- C SP, FDP, CVP, BDP, SVP
- D CDU, CSU, SPD, Lega

26. Parteien und Verbände haben die Möglichkeit, zu Gesetzesentwürfen Stellung zu nehmen. Wie heisst diese Möglichkeit?

- A Initiative
- B Verbandsbeschwerde
- C Referendum
- D Vernehmlassung

27. Wer wird auf eidgenössischer Ebene direkt vom Volk gewählt?

- A Die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident
- B Die Mitglieder des Bundesgerichts
- C Die Mitglieder des Ständerates
- D Die Nationalratspräsidentin oder der Nationalratspräsident

28. Welches Recht erhalten volljährige und urteilsfähige Personen erst mit dem Erlangen des Schweizer Bürgerrechts?

- A Das Recht, Petitionen an Behörden zu richten
- B Das Recht, die eigene Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äussern und zu verbreiten
- C Das Recht, einem Verein beizutreten
- D Das Recht, an Nationalratswahlen teilzunehmen

THEMA 2

DEMOKRATIE, FÖDERALISMUS, RECHTE UND PFLICHTEN DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

B-Teil: Zuordnungsfragen

Ordnen Sie die politischen Rechte 29–32 den Aussagen A–H zu, welche richtig sind. Jedes Recht hat nur eine passende Zuordnung.

29. Obligatorisches Referendum

30. Fakultatives Referendum

31. Volksinitiative

32. Wahlrecht

- A Die Stimmberechtigten müssen befragt werden, wenn das Parlament die Verfassung ändern will
- B Die Stimmberechtigten schlagen eine Verfassungsänderung vor
- C Das Stimmvolk kann eine Volksabstimmung erzwingen, wenn das Parlament ein Gesetz beschliesst, das ihm nicht passt
- D Man unterscheidet zwischen dem aktiven und dem passiven Wahlrecht
- E Auf Bundesebene sind Frauen seit 1981 stimm- und wahlberechtigt
- F Das Stimmvolk muss befragt werden, wenn das Parlament eine Gesetzesänderung vorschlägt
- G Das Parlament muss einen Gegenvorschlag ausarbeiten
- H Das Stimmvolk kann befragt werden, wenn das Parlament die Verfassung ändert

THEMA 3

SOZIALE SICHERHEIT, ARBEIT UND GESUNDHEIT, BILDUNG

A-Teil: Multiple-Choice-Fragen

Markieren Sie Ihre Antwort. Es ist jeweils nur eine Antwort richtig.

Am Ende des Tests übertragen Sie die Antworten A, B, C oder D auf das Antwortblatt.

33. Welche Aussage zu den Sozialversicherungen ist richtig?

- A Die Sozialversicherungen machen den kleinsten Teil der Bundesausgaben aus
- B Die Sozialversicherungen AHV und IV beruhen auf kantonalen Gesetzesgrundlagen
- C Das Hauptziel der Sozialversicherungen ist die Verhinderung der Armut
- D Die Prämien für die Sozialversicherungen werden von den Krankenkassen bezahlt

34. Welche Versicherung gehört zur dritten Säule der Vorsorge?

- A Invalidenversicherung (IV)
- B Pensionskasse (PK)
- C Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV)
- D Lebensversicherung

35. Welche Institutionen sind Träger der zweiten Säule der Altersvorsorge?

- A Die Betriebe
- B Die Pensionskassen (PK)
- C Die Kantone
- D Die Banken

36. Welche Aussage zur ersten Säule der Altersvorsorge (AHV) ist richtig?

- A Die AHV sichert die minimale Grundrente fürs Alter
- B Frauen und Männer erhalten die AHV mit 65 Jahren (gesetzliches Rentenalter)
- C Ein Ziel der AHV ist die Integration von Personen mit Behinderungen
- D Die Ergänzungsleistungen (EL) helfen, den gewohnten Lebensstandard zu sichern

37. Welche Aussage zur Erwerbsersatzordnung (EO) ist falsch?

- A Die EO deckt einen Teil des Erwerbsausfalls bei Militärdienst
- B Die EO deckt einen Teil des Erwerbsausfalls bei Zivildienst
- C Die EO deckt einen Teil des Erwerbsausfalls bei Mutterschaft während max. 14 Wochen
- D Die EO deckt einen Teil des Erwerbsausfalls bei Krankheit der Kinder oder enger Familienangehöriger

38. Welches ist die direkte Notfallnummer der Ambulanz (Sanitätsnotruf)?

- A 144
- B 114
- C 118
- D 117



39. In welchem Fall zahlt man im Kanton Bern höhere Krankenkassenprämien (Grundversicherung)?

- A Wenn man eine tiefere Franchise wählt
- B Wenn man ungesund isst
- C Wenn man raucht
- D Wenn man aus der Stadt aufs Land zieht

THEMA 3

SOZIALE SICHERHEIT, ARBEIT UND GESUNDHEIT, BILDUNG

A-Teil: Multiple-Choice-Fragen

Markieren Sie Ihre Antwort. Es ist jeweils nur eine Antwort richtig.

Am Ende des Tests übertragen Sie die Antworten A, B, C oder D auf das Antwortblatt.

40. Wer von den unten abgebildeten Bundesrätinnen oder Bundesräte ist für das Bundesamt für Gesundheit zuständig?



A G. Parmelin



C S. Sommaruga



B D. Leuthard



D A. Berset

41. Wer trägt die Hauptverantwortung für die Universität Bern?

- A Der Verband der Gemeinden im Kanton Bern
- B Der Kanton Bern
- C Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
- D Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

42. Welche Aussage trifft auf die Gymnasien zu?

- A Vor dem Beginn einer Berufslehre ist der Abschluss eines Gymnasiums nötig
- B Die gymnasiale Ausbildung wird in Maturitäts- und Mittelschulen angeboten
- C Die Aufnahme in ein Gymnasium setzt den Abschluss der Sekundarstufe II voraus
- D In der Schweiz besuchen weniger Jugendliche eine Berufsschule als eine Maturitätsschule

43. Welche Schule ist Teil der obligatorischen Schulzeit?

- A Gymnasium
- B Berufsschule
- C Primarschule
- D Volkshochschule

44. Welche Aussage zur Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz ist richtig?

- A Die Beschäftigung in der Landwirtschaft nimmt seit 1950 stetig zu
- B Der wirtschaftliche Strukturwandel führt ab 1990 bis heute zu weniger Arbeitslosen
- C Die Beschäftigung in Industrie und Gewerbe ist seit 1960 stetig gesunken
- D Die Beschäftigung im Dienstleistungssektor ist seit 10 Jahren bei 60% geblieben

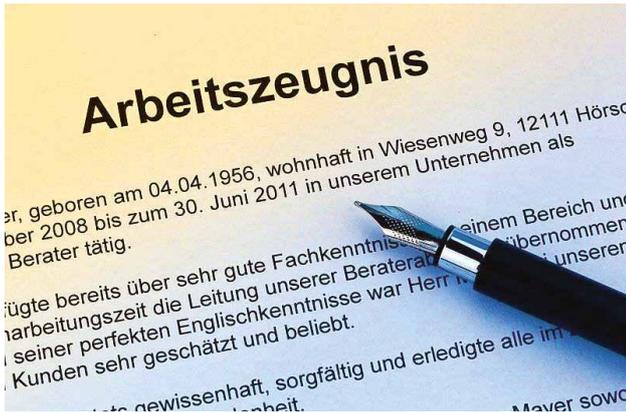
THEMA 3

SOZIALE SICHERHEIT, ARBEIT UND GESUNDHEIT, BILDUNG

B-Teil: Zuordnungsfragen

Verbinden Sie die Begriffe 45–48 mit den korrekten Aussagen A–H.
Jeder Begriff hat nur eine Zuordnung.

45. Arbeitszeugnis



47. Freiwilligenarbeit



46. Industrie, Gewerbe und Bau



48. UNIA



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

- A Ein Arbeitszeugnis wird ab dem dritten Beschäftigungsjahr ausgestellt
- B Nur 10% der Frauen arbeiten Teilzeit
- C Der 2. Wirtschaftssektor stellt rund 22% der Beschäftigten in der Schweiz dar
- D Ein Arbeitszeugnis gibt Auskunft über die Art und Qualität der geleisteten Arbeit
- E Freiwilligenarbeit ist zentral für das Funktionieren der Gesellschaft
- F Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeitnehmenden
- G Einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) gibt es nur im Baugewerbe
- H Zur Freiwilligenarbeit gehört der Zivildienst

Das ist das Ende des Tests.

Übertragen Sie Ihre Antworten jetzt auf das Antwortblatt.



bzi

**Bildungszentrum
Interlaken**

Bildungszentrum Interlaken bzi
Obere Bönigstrasse 21
3800 Interlaken
033 828 11 17
www.bzi.ch

Impressum
Einbürgerungstest
Serie 10/2016

Hrsg. bzi Interlaken

Autorengruppe Einbürgerungstest:
Bildungszentrum für Wirtschaft und Dienstleistung bwd Bern
Berufliche Weiterbildungskurse BWK Burgdorf
Klubschule Migros Aare
MULTIMONDO Biel/Bienne
Bildungszentrum Interlaken bzi

Layout und Druck:
ILG AG WIMMIS

1. Auflage 2016

Alle Rechte vorbehalten © bzi Interlaken